

Kärntens rot-schwarz-grünes Experiment ist gescheitert!

Dieses Experiment unter Leitung eines SPÖ-Landeshauptmanns basierte einzig auf dem Versuch, den Freiheitlichen die Schuld am Hypo-Debakel umzuhängen. „Auf der Strecke blieben dabei die Kärntner Bevölkerung und deren Probleme“, kritisiert FPÖ-Landesobmann Gernot Darmann.

S. 13



Foto: FPÖ

Verstärkter Kampf gegen Korruption

Bundesregierung präsentiert ihre „Nationale Antikorruptionsstrategie“

S. 2/3



FPÖ-Wahlerfolg mit schalem Beigeschmack

Verdoppelung der Mandate erreicht, aber ÖVP-Absolute bleibt – S. 4/5

PARLAMENT

Abhörskandal

Im Büro von Vizkanzler HC Strache wurden Abhörgeräte entdeckt. Erst als die SPÖ sich als „Opfer“ der Abhöraktion ausruft und sich des Themas bemächtigt, nehmen sich auch die Medien dieses Skandals an. An Aufklärung herrscht wenig Interesse.

S. 6

AUSSENPOLITIK

Afrikas Plage

Hilfsorganisationen schieben die Schuld an der Armut Afrikas den Industrieländern in die Schuhe, um Spenden zu lukrieren. Aber mit ihrer und der internationalen Entwicklungshilfe fördern sie in erster Linie Afrikas größte Plage, die Korruption der Regierenden.

S. 8/9

WIEN

Amtsübergabe

Vergangenen Donnerstag wurde Dominik Nepp zum neuen Vizebürgermeister der Stadt Wien gewählt. Nepp folgt damit Johann Gudenus, der infolge der Regierungsbildung als geschäftsführender Klubobmann in den Nationalrat wechselte.

S. 11

MEDIEN

Linke Moral vor Recht

„ZIB 2“-Moderator Armin Wolf gefiel sich vergangenen Montag beim Interview mit Andreas Mölzer in der Rolle des Moralapostels der links-grünen Gutmenschen-Schickeria. So jedenfalls präsentierte er sein Urteil über Udo Landbauer als auch über die FPÖ.

S. 14



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Das Messen mit zweierlei Maß, stets zum Nachteil der FPÖ, gehört in Österreich anscheinend zum guten Ton.

Udo Landbauer wird seit letzter Woche als verkappter Nazi durch die Presselandschaft getrieben – obwohl die Staatsanwaltschaft in der „Liederbuch-Affäre“ gar nicht gegen ihn ermittelt! Die selbstgefällige „vierte Gewalt“ geriert sich als Staatsanwalt, Richter und Henker in Personalunion.

Der „gute Ton“

Aber die Verhaftung eines SPÖ-Gemeinderats, unter anderem wegen des Besitzes von NS-Devotionalien und Waffen, wurde selbstredend bis nach der Wahl verheimlicht.

Sogar der überparteiliche Bundespräsident ließ nach Fernermittlungen verlauten, dass Landbauer von den Liedern mit NS-Bezug gewusst haben „muss“.

Da konnte auch Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner mit ihrer Entrüstung nicht mehr hinterm Berg halten: Es werde mit einem Landesrat Landbauer keine Zusammenarbeit geben. Eine solche Weigerung hätte man von ihr auch gegenüber SPÖ-Kanzler Kern im September 2015 gern gehört, als die rot-schwarze Regierung völlig gesetzeswidrig die Grenzen für die Masseneinwanderung öffnete.

Und natürlich ist die Wiener FPÖ mit ihrem Akademikerball schuld am alljährlich größten Polizeiaufmarsch – aber keinesfalls die linken Demonstranten und deren gehätschelte Polithooligans vom „schwarzen Block“.

Da kommt selbst einem Nichtburschschafter der Burschschafter Heinrich Heine in den Sinn: „Denk ich an Österreich in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.“

Koalition sagt der Korruption

Nationale Antikorruptionsstrategie im Ministerrat beschlossen – Zugangs

Österreich ist im Korruptionswahrnehmungsindex 2016 um einen Platz zurückgefallen. Darauf hat die neue Bundesregierung jetzt mit der „Nationalen Antikorruptionsstrategie“ reagiert. „Wir müssen unseren Rechtsstaat vor staats- und demokratiefeindlichen Einflüssen schützen“, betonte FPÖ-Innenminister Herbert Kickl.

Österreich lag im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International für das Jahr 2016 zwar noch auf Platz 17 von 176 Staaten. Unter den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union bedeutete das jedoch nur noch den neunten Rang.

Schutz des Rechtsstaates

„Wir müssen unseren Rechtsstaat vor staats- und demokratiefeindlichen Einflüssen schützen. Korruption ist eine nachhaltige Gefahr für das Funktionieren jedes Rechtsstaates. Wenn Menschen sich nicht mehr auf den Staat und die Gesetze verlassen können, verlieren sie das Vertrauen in staatliche Institutionen“, betonte FPÖ-Innenminister Herbert Kickl anlässlich der Präsentation der „Nationalen Antikorruptionsstrategie“ (NAKS). Zudem sei Korruption extrem schädlich für das soziale Gefüge und die Wirtschaft des Landes.

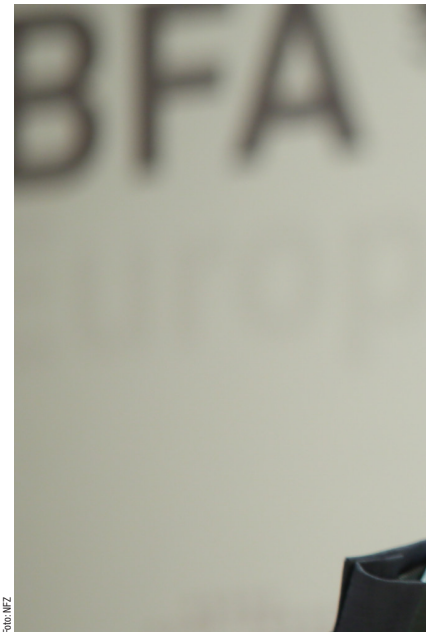
Die „Nationale Antikorruptionsstrategie“ stelle ein Rahmen für alle Maßnahmen dar, mit denen die Regierung die Korruption verhindern und bekämpfen wolle. Da Korruption sehr viele gesellschaftliche Bereiche betreffe, brauche es einen Schulterschluss aller Akteure, forderte Kickl.

Denn Korruption bestehe nicht nur aus den spektakulären Fällen, die öffentlichkeitswirksam vor Gericht verhandelt werden, sondern beginne schon, wenn sich der Leiter einer Baubehörde ein paar Tage gratis im Wellness-Hotel erholen dürfe, als Dank für eine umstrittene Genehmigung. Oder wenn ein Arzt von Pharmafirmen Geschenke erhält und im Gegenzug dann bevorzugt die Medikamente dieser Firma verschreibe.

Transparenz und Prävention

„Daher bilden die Förderung von Transparenz und konkrete Präventionsmaßnahmen die Eckpfeiler der Anti-Korruptions-Strategie für den Präventionsbereich. Dazu wird ein umfangreiches Bündel von Maßnahmen formuliert, die internationalen Standards entsprechen und deren Grundlagen sich in der Konvention der Vereinten Nationen gegen Korruption wiederfinden“, hob der Innenminister hervor.

In der Strafverfolgung sind Rechtsstaatlichkeit und konsequente Strafverfolgung die Grundpfeiler einer effektiven Korruptionsbekämpfung. Dafür werde eine schlagkräftige Behördenstruktur und ausreichende Ressourcen bereitgestellt sowie deren Koordina-

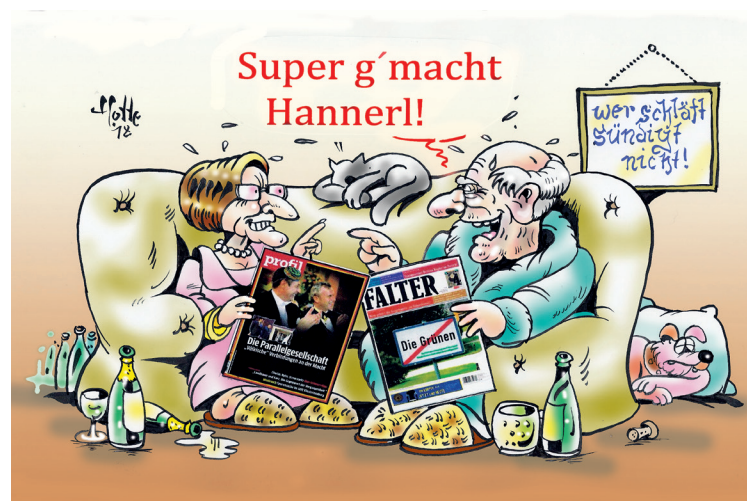


Innenminister Herbert Kickl will mit Prävention handeln schärfen und mit einer effektiven

tion und die Umsetzung internationaler und europäischer rechtlicher Vorgaben vorangetrieben.

Studienplatz-Finanzierung

Als zweiten Schwerpunkt behandelte die türkis-blaue Koalition im dieswöchigen Ministerrat die Studienplatzfinanzierung. Durch die Versäumnisse der roten Bildungspolitik gebe es einige Studienfächer, die vollkommen überlaufen seien und es zu Problemen bei der Ausbildung der Studenten komme, bemerkte dazu ÖVP-Bildungsminister Heinz Faßmann: „Für diese



SPITZE FEDER Die ÖVP und ihre linken Wahlhelfer.

IMPRESSUM Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz
Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
Geschäftsführung: Herbert Kickl
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9
E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29
Druck: Mediaprint Zeitungsdruckergesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien
Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien
Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

on den Kampf an

beschränkungen und mehr Geld für Universitäten



ventionsmaßnahmen und mehr Transparenz den Blick auf korruptes Verhalten Strafverfolgung das Vertrauen in staatliche Institutionen stärken.

muss eine Übergangslösung geschaffen werden, bis ein echtes Studienplatz-Finanzierungssystem eingeführt wird.“

Weitere Zugangsbeschränkungen

Primäres Ziel sei es nicht, die Zahl der Studienanfänger, sondern die der Studienabbrecher zu senken, indem man das Betreuungsverhältnis zwischen Professoren und Studenten verbessern und den Jungakademikern einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen wolle.

Das bedeutet aber auch, dass in

einigen Studienrichtungen aufgrund des bisherigen exorbitanten Studentenandrangs Zugangsregelungen eingeführt werden. Das werde bei den drei Studienrichtungen Erziehung, Fremdsprachen und Recht der Fall sein.

„Dass es uns bei der Bildung keineswegs ums Sparen geht, zeigt sich auch am Budget“, betonte Faßmann. Denn das Gesamtbudget für die Leistungsvereinbarungsperiode von 2019 bis 2021 für die Universitäten ist von der Koalition mit nunmehr 11,07 Milliarden Euro deutlich erhöht worden.

AUFSTEIGER



FPÖ-Landtagsabgeordneter **Udo Landbauer**, der der Medienkampagne und den skandalösen Vorverurteilungen getrotzt und die FPÖ Niederösterreich zum zweitbesten Ergebnis bei Landtagswahlen geführt hat.

ABSTEIGER



Niederösterreichs Landeshauptfrau und ÖVP-Landesparteichefin **Johanna Mikl-Leitner**, die lediglich aus bekannt „alt-schwarzer“ Überheblichkeit eine Zusammenarbeit mit einem Landesrat Udo Landbauer ablehnt.

KURZ UND BÜNDIG



Vertuschter SPÖ-Skandal?

„Wer andere mit Dreck bewirft, hat meist selbst schmutzige Hände“, kommentierte FPÖ-Generalsekretärin Marlene Svazek den aktuellen Fall eines Amstettener SPÖ-Gemeinderats, der im Verdacht des Kindesmissbrauchs und der NS-Wiederbetätigung steht. Denn der betroffene SPÖ-Politiker soll bereits letzte Woche – und damit vor der niederösterreichischen Landtagswahl – verhaftet worden sein. „Dass dies erst nach den Landtagswahlen publik wird, hat einen skandalösen Beigeschmack“, bemerkte Svazek.

Dank für Polizisten im Einsatz

Der geschäftsführende Landesparteiobmann der FPÖ-Wien, Johann Gudenus, sprach der Wiener Polizei für den Einsatz bei den Demonstrationen gegen den Akademikerball Lob, Anerkennung und Dank aus: „Aufgrund der Ankündigungen linker Chaoten aus dem In- und Ausland, besonders schwere Ausschreitungen veranstalten zu wollen, war der jüngste Einsatz als besonders schwierig einzustufen. Ich bin stolz auf unsere Polizisten, dass die Demonstrationen letztendlich friedlich verlaufen sind.“



Scheinheilige Kritiker

Als „scheinheilig“ bezeichnete FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky die Aufregung der SPÖ um den offiziellen Staatsbesuch des ungarischen Präsidenten Viktor Orbán in Wien: „Anscheinend erinnern sich manche SPÖ-Abgeordnete nicht mehr, dass Kurzzeitkanzler Christian Kern den Ungarnpremier vor nicht allzu langer Zeit zu einem Migrationsgipfel nach Wien einlud.“ Das linke Establishment könne es offenbar nicht verkraften, dass die neue Regierung endlich vernünftige Lösungsansätze zur Eindämmung der illegalen Einwanderung mit ihren Nachbarn suche, bemerkte Vilimsky in Richtung SPÖ.



BILD DER WOCHE Einig in der Ablehnung der der EU-Einwanderungspolitik: HC Strache und Ungarns Premier Viktor Orbán.



Am Freitag marschierten an die 8.000 Demonstranten (oben) gegen Akademikerball und FPÖ-Regierungsbeteiligung. Zwei Tage später verdoppelte die FPÖ mit Udo Landbauer (unten) ihre Mandatszahl in St. Pölten.



HC Strache gratuliert Udo Landbauer zum Wahlerfolg. Während die FPÖ ihr zweitbestes Resultat erzielte, schafften Johanna Mikl-Leitners ÖVP und Franz Schnabls SPÖ das jeweils Zweitschlechteste.



Thema der Woche

Trotz der medialen Treibjagd auf den FPÖ-Spitzenkandidaten Udo Landbauer

Linke Anti-FPÖ-Kampagne

FPÖ verdoppelt bei Landtagswahl in Niederösterreich

Die Medienkampagne gegen die FPÖ zeigte Wirkung, zumindest bei der Wahlbeteiligung: Nur noch zwei Drittel der Wahlberechtigten nahmen an der Wahl teil. Damit konnte die ÖVP – trotz Verlusten – ihre absolute Mehrheit verteidigen, die SPÖ bejubelte ihr zweitschlechtestes Ergebnis. Nur die FPÖ konnte ihre Wahlerfolgsserie fortsetzen.

14,76 Prozent der Stimmen – laut dem vorläufigen Wahlergebnis – entfielen auf die FPÖ, die mit dem Plus von 6,7 Prozentpunkten ihre Mandatszahl im Landtag von vier auf acht verdoppeln und – entsprechend dem Proporzrecht – einen Sitz in der Landesregierung erreichen konnte.

FPÖ-LandesparteiSekretär Christian Hafenecker zeigte sich am Wahlabend über das Ergebnis erfreut. Dass man die Wahlziele – eine Verdoppelung der Wählerstimmen und das Verhindern einer neuerlichen absoluten Mehrheit der ÖVP – nicht ganz erreicht habe, trübe den Erfolg ein bisschen: „Wir haben uns vielleicht nicht prozentuell verdoppelt, aber die doppelte Mandatsanzahl ist auch ein sehr starkes Signal.“

Bürger sind für FPÖ-Kurs

Das sei vor allem bemerkenswert, weil die FPÖ auf Bundesebene ein „sehr ambitioniertes Regierungsprogramm präsentiert hat,

das vom politischen Mitbewerber heftigst gescholten wurde“, betonte der LandesparteiSekretär. Er verwies dazu auf den Kleinstzugewinn von 2,4 Prozentpunkten bei der SPÖ auf 23,9 Prozent, den Verlust von 1,6 Prozentpunkten und des Klubstatus für die Grünen. Einzig die NEOS kamen mit ihren 5,15 Prozent beim Erstantreten dem FPÖ-Erfolg nahe.

Medienkampagne half ÖVP

In der hochgespielten Aufregung rund um das Liederbuch der Burschenschaft Germania sah Hafenecker eine „beispiellose Medienkampagne“, die den FPÖ-Erfolg ein wenig gedämpft, der ÖVP aber sehr viel mehr geholfen habe, nämlich mit 49,6 Prozent der Stimmen die Mehrheit im Landtag und in der Landesregierung zu retten.

Auch FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky fand lobende Worte für den Erfolg der Niederösterreicher: „Das Ziel ‚Plus hundert Prozent‘ ist derart ambitioniert, dass



Landbauer erreichte die FPÖ eine Verdoppelung der Mandate. Aber die Linke verhalf der ÖVP so zur Absoluten.

Kampagne rettet ÖVP-Absolute

Wie die Mandatszahl – Wahlbeteiligung auf Rekordtiefststand

man da schon ein Auge zudrücken muss, wenn es nur ein Plus von 90 Prozent wird.“

Bundesparteiobmann HC Strache bewertete das Abschneiden der Landespartei als „sehr erfolgreich“, da man von knapp acht Prozent in Richtung 15 Prozent zugelegt und „wir heute die Partei sind, die den größten Zuwachs erleben konnte.“

Dieses zweitbeste Ergebnis der FPÖ Niederösterreich bei Landtagswahlen zeige auch, dass die Regierungsarbeit bei den Bürgerinnen und Bürgern gut ankomme, hob der

Vizekanzler hervor: „Die Ergebnisse unserer Kritiker, SPÖ, Grüne und NEOS, sprechen für sich selbst.“

Lassen uns nicht erpressen

Nicht so gut kam der freiheitliche Wahlerfolg bei der niederösterreichischen ÖVP an. Landeshauptfrau Mikl-Leitner, die auf den Vorverurteilungszug gegen Udo Landbauer aufgesprungen war – obwohl die Staatsanwaltschaft in der Liederbuch-Affäre nicht einmal gegen Landbauer ermittelt! – will weiterhin der FPÖ ihren Personalwunsch

für den FPÖ-Landesratsposten aufzwingen: „Mit Udo Landbauer wird es in der Landesregierung keine Zusammenarbeit geben.“

„Die ÖVP kann ihre Personalentscheidungen selbst treffen, die ÖVP trifft aber nicht die Personalentscheidungen der FPÖ“, konterte HC Strache auf diese Äußerung Mikl-Leitners. Jemanden, der keine Schuld trägt, einen Tag vor der Wahl von einer möglichen Zusammenarbeit auszuschließen, sei überheblich. Vor allem von jemandem, der 2015 mit einer verfassungsrechtlich zumindest bedenklichen Grenzöffnung Österreich die Probleme einer illegalen Masseneinwanderung aufgehalst habe.

Seit Montag berät der FPÖ-Landesparteivorstand über das weitere Vorgehen. „Ich habe Landbauer als Spitzenkandidaten vorgeschlagen, weil ich ihn für absolut integer und vertrauenswürdig halte. Ich stelle mich als Landesparteiobmann und namens der Partei deshalb klar hinter Udo Landbauer“, erklärte Walter Rosenkranz.

Jetzt liegt der Ball bei der ÖVP, ob sie mit den Freiheitlichen Politik für das Land, oder weiterhin nur ihre alt-schwarze Machtpolitik fortsetzen will.



Christian Hafenecker

FPÖ-Landesparteisekretär Niederösterreich

Trotz der medialen Kampagne, die von unseren politischen Gegnern dankbar aufgegriffen wurde, haben wir Freiheitlichen einen großartigen Erfolg bei der Landtagswahl eingefahren.

Quid pro quo

Ich danke den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern, die sich nicht einschüchtern ließen und mit ihrer Stimme für die FPÖ sich für längst überfällige Reformen im „schwarzen Erbpachthof“ aussprachen.

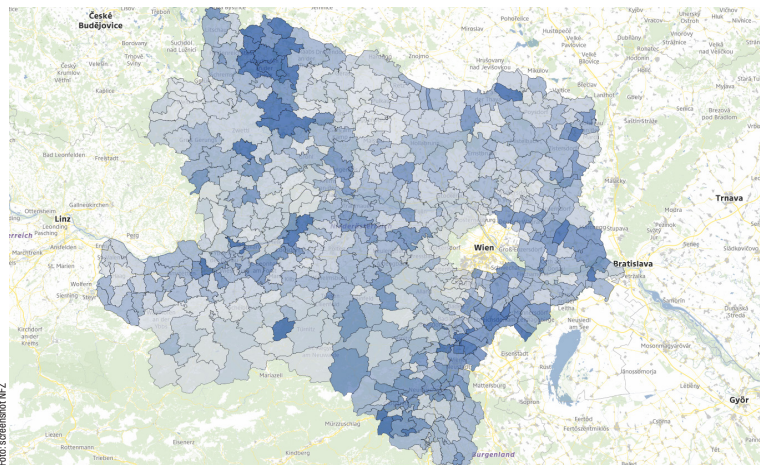
Ja, hier in Niederösterreich ist die ÖVP noch tiefschwarz, wie Parteichefin Johanna Mikl-Leitner mit ihrem Herrschaftsanspruch offenbarte: Sie werde den von der FPÖ nominierten Spitzenkandidaten nicht als gleichberechtigtes Mitglied im Landesratsgremium akzeptieren.

Wir haben im Wahlkampf versprochen, die Politik in Niederösterreich zu einer Politik für die Menschen bewegen zu wollen. Das wird schwierig mit der absoluten Mehrheit der ÖVP im Landtag und in der Landesregierung – aber wir wollen es versuchen.

Wir könnten es uns auch einfach machen, auf Landbauer als Landesrat zu bestehen und Fundamentallopposition im Landtag zu machen. Aber wir wollen etwas zum Positiven für die Menschen im Land bewegen. Daher werden wir bei der Personalfrage jetzt einmal abwägen, inwieweit die ÖVP bereit ist, sich in politischen Sachfragen zu bewegen und unseren Reformvorhaben entgegenzukommen.

Erpressen lassen wir uns von der ÖVP nicht. Udo Landbauer hat sich nichts zuschulden kommen lassen, gegen ihn wird nicht einmal ermittelt.

Quid pro quo – das sollte auch in der NÖ-ÖVP bekannt sein.



Viel mehr Blau im tiefschwarzen Erbhof Niederösterreich – trotz der Medienkampagne und der extrem niedrigen Wahlbeteiligung.



Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

Diese Woche stand im Zeichen der ersten Plenarwoche seit Angelobung der neuen Bundesregierung. Die SPÖ nutzte das in der Reihenfolge der Fraktionsstärke bestimmte Vorschlagsrecht für eine „Aktuelle Stunde“ an unsere Sozialministerin Beate Hartinger-Klein zum Thema „Arbeitsplätze schaffen, statt Arbeitslose enteignen, Frau Sozialminister“.

Erstes Plenum

Wie die SPÖ darauf kommt, dass die Sozialministerin Arbeitslose enteignen will, ist zwar schleierhaft, aber wir werden es erfahren. Spannender ist freilich die Frage, wo die vielen Arbeitslosen überhaupt herkommen und wer in den vergangenen Jahren die Verantwortung trug!

Nach dieser „Aktuellen Stunde“ geht es weiter mit einer „Aktuellen Europastunde“ der ÖVP. Die „Aktuelle Europastunde“ unterscheidet sich von der „Aktuellen Stunde“ dadurch, dass sie nicht in jeder Plenarwoche stattfindet, sondern nur vier mal im Jahr und dass auch Mitglieder des Europäischen Parlaments (MEP) ein Rederecht haben.

Die FPÖ war ursprünglich gegen das Rederecht der Europaparlamentsabgeordneter im Plenum – und hat Recht behalten.

Die Wortmeldungen der MEPs haben keinen erkennbaren Mehrwert, außer den, dass sie die Sitzungsdauer unnötig verlängern.

Sinnvoll ist es hingegen, die EU-Abgeordneten in die Arbeit der Fachausschüsse einzubinden. Gesetze werden in dieser Plenarsitzung noch keine beschlossen, dafür war die Zeit seit der Regierungsbildung zu kurz – das wird sich in den kommenden Plenarwochen aber deutlich ändern.

BUNDESRAT

„Team Stronach“ ist Geschichte

Das Ergebnis der Landtagswahlen in Niederösterreich hat auch Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Bundesrates. Die FPÖ gewinnt ein Mandat dazu und wird künftig mit zwei niederösterreichischen Bundesräten in der Länderkammer des österreichischen Parlaments vertreten sein. Verlierer ist das „Team Stronach“, das bei den Landtagswahlen nicht mehr angetreten ist und damit auch seinen letzten Sitz im Parlament verloren hat.



SOZIALPOLITIK

Arbeitsplatzsicherheit

Aus dem Tätigkeitsbericht der Arbeitsinspektion für die Jahre 2015 und 2016, den noch der frühere SPÖ-Sozialminister Alois Stöger dem Nationalrat vorgelegt hat, geht hervor, dass 2016 in Österreichs Betrieben 87.449 Arbeitsunfälle verzeichnet wurden, von denen 60 tödlich endeten.

Wer wollte Vizekanzler HC Strache abhören?

Fund einer Abhöranlage beschäftigt demnächst das Parlament

In der Vorwoche wurde im Gefolge eines Einbruches bekannt, dass im Büro des Vizekanzlers von Mitarbeitern des Heeresnachrichtenamtes „Wanzen“ entdeckt worden sind.

Dieser unerhörte Skandal ist in der Hysterie um das Liederbuch von Udo Landbauers Burschenschaft völlig untergegangen – was auch ein bezeichnendes Licht auf die Medien in diesem Land wirft.

SPÖ reklamiert sich zum Opfer

Publik wurde dieser Fund des Heeresnachrichtenamtes im Gefolge eines Einbruchs in das Vizekanzleramt am 24. Jänner. Wer die Geräte dort angebracht hat und wann, weiß man nicht. Jedenfalls erhob sich Wehgeschrei in der



Tatort Vizekanzleramt: Wer wollte hier wen abhören?

SPÖ, hatte in dem Büro doch zuvor Staatssekretär Thomas Drozda residiert, zuständig für so spionagerelevante Bereiche wie Kunst und Kultur, Verfassung und Medi-

en. Über parlamentarische Anfragen an den Innen- und den Verteidigungsminister will die SPÖ nun klarstellen lassen, wer das wahre Ziel der Abhöraktion gewesen sei.

Jahresbericht 2017 des Nationalrates

In seinem mehr als 100 Seiten starken Jahresbericht zieht der Nationalrat Bilanz über das vergangene Parlamentsjahr. Ein neuer Bun-

despräsident, ein neu gewählter, jüngerer Nationalrat samt neuem Präsidium und ein Parlament, das vorübergehend in die Hofburg und auf den Heldenplatz gezogen ist. Dazu die Wiederauflage des Eurofighter-Untersuchungsausschusses im Frühjahr oder die XXV. Gesetzgebungsperiode, die im Herbst aufgrund der Neuwahlen vorzeitig beendet werden musste. In Zahlen gesprochen dauerte sie 4 Jahre mit 469 Gesetzesbeschlüssen, davon kamen 328 direkt aus der Regierung.

Einen besonderen Exkurs macht die Publikation auf ein weiteres Novum im vergangenen Jahr. 2017

gab es nämlich so viele „wilde“ Abgeordnete wie noch nie zuvor in der österreichischen Parlamentsgeschichte. Beiträge gibt es zudem über die neuen Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger im Gesetzgebungsprozess und das neue „Demokratie.Quartier“ inmitten von Wien.

Die Publikation blickt auch auf einige runde Geburtstage zurück: Die Volksanwaltschaft wurde 40 Jahre und die „Demokratiewerkstatt“ im Hohen Haus feierte ihren 10. Geburtstag. Der Jahresbericht ist auf der Website des Parlaments – www.parlament.gv.at – abrufbar.



JAHRESBERICHT 2017 | Nationalrat



Gratis-Vignette für ehrenamtliche Helfer

Neben Rettung, Feuerwehr, Polizei gilt bald auch für andere Hilfsorganisationen: Freie Fahrt!

Alle Blaulichtfahrzeuge gemeinnütziger Organisationen wie etwa Wasserrettung oder Bergrettung werden demnächst generell von der Mautpflicht befreit und bekommen von der ASFINAG für alle Blaulichtfahrzeuge eine digitale Vignette gratis zur Verfügung gestellt.

Eine gute Nachricht für gemeinnützige Organisationen in Österreich: FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer lässt die bestehende Mautordnung ändern und schafft damit eine massive Erleichterung für die hunderten gemeinnützigen Einsatzorganisationen.

„In den letzten Wochen sind verstärkt Forderungen von Interessenvertretungen und Organisationen nach einer Gleichstellung ihrer Einsatzfahrzeuge mit Fahrzeugen von Rettung, Polizei und Feuerwehr an mich herangetragen worden – auch mit der Begründung, dass die Einsatzfahrzeuge von den ehrenamtlichen Hilfskräften zudem für Fahrten zu Fortbildungen, Übungen oder Koordinationssitzungen verwendet werden. In einem ge-

meinsamen Termin mit den Vorständen der ASFINAG haben wir daher beschlossen, diese Gleichstellung vorzunehmen“, erklärt der FPÖ-Verkehrsminister.

Blau wirkt!

Die neue Mautordnung sieht vor, dass Einsatzfahrzeuge dieser gemeinnützigen Organisationen, die über einen Blaulicht-Bescheid verfügen, die heimischen Autobahnen und Schnellstraßen kostenlos befahren dürfen. Die ASFINAG hat den Auftrag erhalten, die Mautordnung entsprechend zu adaptieren.

„Mit der Änderung der Mautordnung zeigt sich einmal mehr: Blau wirkt!“, betonte FPÖ-Generalsekretärin Marlene Svazek. Auch in ihrem Bundesland Salzburg sei



Foto: immit

Hofer: Gratisvignette für Einsatzfahrzeuge ehrenamtlicher Helfer.

der Ruf gemeinnütziger Organisationen wie Berg- und Wasserrettung nach einer Gleichstellung der Blaulichtorganisationen besonders laut gewesen.

„In nur sechs Wochen Regierungsarbeit haben wir ein weiteres

Versäumnis der Vorgängerregierung ausgebügelt. In wenigen Wochen wird die Änderung in Kraft treten. Hiermit kann man den ohnehin unbezahlbaren Freiwilligendienst zumindest einigermaßen abgelenken“, betonte Svazek.

Für Antisemitismus ist in der FPÖ kein Platz

Anlässlich des Holocaust-Gedenktages am vergangenen Samstag bekräftigte Vizekanzler HC Strache seine Ablehnung gegenüber jedweden Antisemitismus: „Die furchtbaren Verbrechen des Nationalsozialismus dürfen sich niemals wiederholen, und ebensowenig dürfen sie beschönigt oder relativiert werden.“

Der Antisemitismus sei ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, für das es kein Verständnis geben dürfe, betonte der Vizekanzler. Gerade Österreich trage hier aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung.

Bereits zuvor hatte HC Strache die knapp vor der Landtagswahl in Niederösterreich von einigen Medien und Oppositionspolitiker inszenierte Kampagne zurückgewiesen, in der den Freiheitlichen eine Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut unterstellt wurde.

Für Antisemiten gebe es weder in der FPÖ noch am Akademikerball einen Platz, hatte der FPÖ-Bundesparteiohmann bereits bei der



Foto: NFZ

Strache verurteilt Antisemitismus.

Eröffnungsrede am „Akademikerball“ erklärt. Die Verantwortung und das Gedenken an die Opfer des Holocaust seien Verpflichtung und Verantwortung in der Gegenwart und für kommende Generationen: „Wer das anders sieht, soll aufstehen und gehen. Er ist bei uns nicht erwünscht.“

Der FPÖ-Bundesparteiohmann regte auch an, dass sich die Korporationen und das Dritte Lager einer Aufarbeitung der Vergangenheit widmen sollten. Dies könne durch eine Historikerkommission erfolgen, die sich schonungslos mit den Fehlern der eigenen Vergangenheit auseinandersetzen solle.

FPÖ-ABGEORDNETE DECKEN AUF

Wahlwerbung aus dem „Häfn“

Wie aus der Beantwortung einer Anfrage des niederösterreichischen FPÖ-Abgeordneten Christian Höbart durch Justizminister Josef Moser hervorgeht, nahmen SPÖ, Grüne und ÖVP im Wahlkampf die Dienste einer Firma in Anspruch, die Werbematerial in Haftanstalten herstellen lässt. So wurden etwa die 60.000 SPÖ-Anstecker „Yes we Kern“ in der Haftanstalt Korneuburg von drei Insassen mit dem sinnigen Spruch bedruckt. Umtriebig wie die SPÖ im Wahljahr 2017 war, wurden weitere 6.980 Anstecker in der Haftanstalt Wien-Josefstadt von fünf Insassen endgefertigt – ebenso wie 7.600 Stück für die Grünen, wofür sieben Insassen Arbeit fanden. Auch die ÖVP ließ für sich Wahlwerbung in einer Haftanstalt herstellen. In der Justizanstalt Ried/Innkreis beklebte ein Insasse 5.000 Manner-Schnitten mit den Konterfeis der Regional-kandidaten der ÖVP.



Foto: NFZ

Vorausschauende Personalpolitik

Obwohl die Funktionsperiode des Aufsichtsratsvorsitzenden des Arbeitsmarktservice (AMS), Herbert Buchinger wie auch die des Vorstandsmitglieds Johannes Kopf erst am 30. Juni 2018 geendet hätte, wurden vom Sozialministerium für die beiden Posten am 23. Jänner 2017 ein Ausschreibungszeitplan vorgelegt und am 27. September 2017 die Verträge bis 30. Juni 2024 verlängert. Auf Anfrage des damaligen FPÖ-Sozialsprechers Herbert Kickl beantwortete der damalige SPÖ-Sozialminister Alois Stöger (Bild) die vorzeitige Bestellung damit, dass nur so „ein geordneter Übergang“ auf die mit 1. Juli 2018 beginnende neue Funktionsperiode „gesichert“ werden konnte.



FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT



Harald Vilimsky

EuGH: Plädoyers für illegale Migration

Der Europäische Gerichtshof fällt immer wieder mit Urteilen auf, die man als durchaus migrationsfreundlich bezeichnen kann. Die jüngsten Beispiele: Das eine betrifft einen Syrer, der von Italien nach Deutschland eingereist ist – und gleich in beiden Ländern Asyl beantragt hat. Deutschland hat ihn zurückgeschickt, weil Italien das Ersteinreiseland und für seinen Asylantrag zuständig wäre. Der Syrer zog aber wieder nach Deutschland und sollte neuerlich zurückgestellt werden. Geht

nicht, so der EuGH, es brauche einen neuen Antrag auf Rückstellung. Ein herzhaftes Plädoyer für Sekundärmigration also.

Das zweite Urteil betrifft einen Nigerianer, der in Ungarn Asyl beantragt hatte mit der Begründung, er sei homosexuell und ihm drohe deshalb Verfolgung. Die Ungarn haben seine sexuelle Orientierung mit einem Gutachten getestet und wiesen ihn ab. Geht auch nicht, so der EuGH, Tests auf sexuelle Orientierung im Zuge von Asylanträgen dürfen nicht sein. Man kann sich ausrechnen, dass die Anzahl „homosexueller“ Asylwerber künftig steigen wird, wenn sich das herumspricht.

Indessen planen die Schweden die Abschiebung von bis zu 80.000 bereits abgelehnten Asylwerbern. Völlig richtig. Man darf nur gespannt sein, was dem EuGH dazu einfällt. Das Ergebnis ist fast immer dasselbe: Wer einmal da ist, bleibt. Dagegen müssen wir angehen.

Europäischer Gerichtshof erschwert Abschiebungen

Ein Syrer, der zuerst in Italien Asyl beantragt hatte, reiste nach Deutschland und stellte auch dort einen Antrag. Diesen lehnte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gemäß der Dublin-Regelung ab. Der Mann wurde im August 2015 nach Italien überstellt, kehrte aber unerlaubt nach Deutschland zurück. Gegen die erneute sofortige Rückschiebung nach Italien klagte er erfolgreich vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH).

Die Luxemburger Richter entschieden jetzt, dass die Bundesrepublik den Syrer nicht ohne Weiteres ein zweites Mal außer Land bringen darf, sondern erst nach erneuter Durchführung des in der Dublin-Verordnung geregelten Wiederaufnahmeverfahrens.

Dabei muss sich Deutschland an die engen Fristen der Dublin-Regeln halten: Versäumen die Behörden die geltende Verfahrensfrist von knapp zwei Monaten für die Überstellung an Italien, kann der il-

legal eingereiste Syrer einen Asylantrag in Deutschland stellen – und das Land wäre dann für sein Verfahren zuständig.

Tatsächlich scheitern die meisten Dublin-Überstellungen an einem weiteren engen Zeitrahmen: Wenn ein EU-Mitgliedstaat illegale Einwanderer nicht innerhalb von sechs Monaten in das EU-Land abschiebt, wo sie zum ersten Mal EU-Boden betreten haben, muss er ebenfalls deren Asylanträge selbst prüfen.



EuGH unterstützt Illegale.

Nicht zuwenig Hilfe Korruption hält Afr

Eine ernüchternde Bilanz nach 4.000 Milliarden



Foto: World Bank/Philips Schuler

Von Afrikas Reichtum durch die Ausbeutung von Rohstoffen sehen die Menschen damit anstellen. Etwa schwer bewaffnete Polizeieinheiten oder Milizen, die j

Hilfsorganisationen prangern den Reichtum in den Industriestaaten an, um noch mehr Geld für die „Ärmsten der Armen“ zu fordern. Aber Afrika braucht nicht mehr Geld, sondern mehr Marktwirtschaft und mehr Rechtsstaat: Ein Viertel der jährlichen Wirtschaftsleistung Afrikas versickert in den dunklen Kanälen der Korruption.

Die Entwicklungshilfsorganisation Oxfam erstellt eine jährliche Statistik zur weltweiten Armuts- und Vermögensverteilung. Die Medien springen mit knackigen Titeln auf, auch wenn es Falschmeldungen sind wie die aus dem Vorjahr, wonach die acht reichsten Menschen genauso viel Vermögen besitzen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Oxfam revidierte heuer diese Aussage, es hätte heißen müssen die 61 reichsten Menschen.

Armut geht weltweit zurück

Dazu wird mit Daten jongliert: Weil die private Verschuldung, die in den USA und in Europa enorm gewachsen ist, nicht berücksichtigt wird, waren es 181 Personen, die so viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung.

Laut der Weltbank lebten 1980 rund 44 Prozent der Weltbevölkerung in absoluter Armut mit einem Einkommen von weniger als 1,9 Dollar pro Tag. Ende 2015 war nicht einmal mehr jeder Zehnte von dieser extremer Armut betroffen.

Aber die Hilfsorganisationen bekämpfen genau das, was den Armen in der Vergangenheit am meisten geholfen hat: die freie Marktwirtschaft. Seit 1960 haben die Industriestaaten rund 4.000 Milliarden US-Dollar in die Entwicklungshilfe gesteckt. Vor zwei Jahren hat Martin Paldam von der Universität Aarhus 141 Studien darüber aus-



Kampagnen gegen Korruption, wie hier. 148 Milliarden US-Dollar vers

e, sondern zuviel Afrikas Länder arm

Dollar an Hilfgeldern für Afrika seit 1960



schicken nur wenig – oder nur das, was die Regierenden und ihre Günstlinge jedes Aufbegehren gegen das Günstlingssystem niedermachen.

gewertet, die den Effekt der Entwicklungshilfe auf das Wirtschaftswachstum untersucht haben.

Sein Fazit: Entwicklungshilfe produziert kein Wachstum. Das gilt insbesondere für Länder südlich der Sahara, wo die Entwicklungshilfe im Schnitt 14 Prozent Anteil an der Wirtschaftsleistung ausmacht. Für Paldam ist die Losung jedenfalls klar: Sie heisst: Mehr Handel, nicht mehr Entwicklungshilfe.

Korruption ist die Plage Afrikas

Also nicht die Marktwirtschaft, die Korruption ist die wahre Plage

Afrikas. 148 Milliarden US-Dollar, umgerechnet fast 120 Milliarden Euro, versickern auf dem Kontinent jährlich in dunklen Kanälen, klagt die Generalsekretärin der UN-Wirtschaftskommission für Afrika, Vera Songwe, an. Rund ein Viertel der afrikanischen Wirtschaftsleistung wird von korrupten Politikern und ihren Helfershelfern den Menschen in Afrika gestohlen, das dann für den Ausbau von Infrastruktur, Bildung- und Gesundheitswesen fehlt.

Doch das fehlende Geld verursacht, so Songwe, nicht nur Investitionslücken, sondern habe auch enorme Auswirkungen für die Menschen: Es nährt den Drang zur Auswanderung ins „reiche Europa“.

In den USA knüpft die Millennium Challenge Corporation (MCC), eine staatliche Hilfsorganisation, ihre Hilfsleistungen an arme Länder an bestimmte Mindeststandards, wie die Bekämpfung der Korruption, eine funktionierende Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte.

In Europa werden stattdessen immer neue finanzielle Ziele definiert und die Bekämpfung des Klimawandels als Anreiz zur Steigerung der Entwicklungshilfe gefordert. Nur davon profitieren nicht Afrikas arme Menschen, sondern deren korrupte Herrscher.



er in Namibia, sind in Afrika die Aus-
sickern jährlich in „dunklen Kanälen“.

KURZ UND BÜNDIG



Querschüsse von ÖVP-Karas

Der FPÖ-Delegationsleiter im Europaparlament, Harald Vilimsky, wies die Kritik des ÖVP-Kollegen Otmar Karas (Bild) an Innenminister Herbert Kickl zu dessen Weigerung, an der Asylwerber-Umverteilung in der EU teilzunehmen, zurück: „Die Bundesregierung hat sich darauf verständigt, dass Österreich gegen eine verpflichtende Verteilung von Asylwerbern eintritt. Mit seinen jetzigen Querschüssen konterkariert Karas die gemeinsame Linie der Bundesregierung.“ Er erinnerte Karas an die Worte seines Parteichefs, Bundeskanzler Sebastian Kurz, der die Zwangsverteilung von Migranten innerhalb der EU als „gescheitert“ und als „Irrweg“ bezeichnet habe.

Keine Anklage gegen Islamisten

Die deutsche Bundesanwaltschaft hat bei 564 Personen die Verfahren wegen der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung aus eigenem Ermessen eingestellt, obwohl der Tatverdacht fortbesteht. Als Begründung wird dafür angeführt, dass es sich bei den Verbrechen, die im Dienste der radikalislamistischen Taliban oder des Islamischen Staates begangen worden seien, um „reine Auslandstaten“ handle. Diese würden die „deutschen Staatsschutzinteressen“ aus Sicht der Karlsruher Behörden „nicht beeinträchtigen“, erklärte der Generalbundesanwalt Peter Frank vergangene Woche in Karlsruhe.



Islamistenterror in Frankreichs Gefängnissen

Frankreichs Gefängniswärter streiken, und die Medien bringen eindrucksvolle Bilder: Brennende Barrikaden aus Autoreifen und Holzpaletten vor den Gefängnissen, mit denen Wärter den Zugang zu den Haftanstalten versperren.

Begonnen hat der Aufstand am 11. Januar im Hochsicherheitsgefängnis von Vendin-le-Vieil, nahe der belgischen Grenze. Der deutsche Islamist Christian Ganczarski hatte drei Wärter mit einem stumpfen Messer und einer Kinderschere angegriffen und leicht verletzt.

Nach dem Messerangriff des Deutschen kam es zu einer ganzen Kette von blutigen Attacken auf Gefängniswärter durch radikalisierte Häftlinge. Im korsischen Gefängnis von Borgo griff ein Islamist mit Messern zwei Wärter an, die derzeit schwer verletzt im Krankenhaus liegen.

4.000 Attacken jährlich verzeichnen die Statistiken, immer häufiger von verurteilten Islamisten oder Radikalen. Von denen sitzen mittler-

weile 500 ein, und die haben mehr als 1.000 Glaubensbrüder radikalisiert und auf ihre Seite gezogen.

„Wir halten das nicht mehr aus, unser Arbeitsumfeld wird immer gefährlicher, wir sind komplett überfordert, weil es hinten und vorne an Personal fehlt“, klagte Gewerkschafter David Besson. Denn die Regierung hat die versprochene Personalaufstockung bisher nicht umgesetzt. Stattdessen versuchte sie, die Justizwachebeamten mit einer „Sonderprämie“ ruhigzustellen.



Brennende Mahnung an Paris.

TERMINE

3 **FPÖ-Ball in Rainbach/Innkreis**

Die FPÖ-Ortsgruppe Rainbach/Innkreis lädt am Samstag, dem 3. Februar 2018, zum „FPÖ-Ball“ ins Gasthaus Hauzinger „Kirchenwirt“ (4791 Rainbach im Innkreis 9). Beginn: 20.00 Uhr.

7 **Faschingsstammtisch in Raab**

Die FPÖ-Ortsgruppe und der Seniorenring Raab laden am Mittwoch, dem 7. Februar 2018, zum „Faschingsstammtisch“ ins Gasthaus Schraml (Dr. Pfluger Straße 1, 4760 Raab). Beginn: 14.00 Uhr

7 **Faschingsstammtisch in Schärching**

Der Seniorenring Schärching lädt am Mittwoch, dem 7. Februar 2018, zum „Faschingsstammtisch mit Musik“ ins Gasthaus „Kreuzbergwirt“ (Passauer Straße 75, 4780 Schärching). Beginn: 14.00 Uhr

7 **Stammtisch der FPÖ Landstraße**

Die FPÖ Landstraße lädt am Mittwoch, dem 7. Februar 2018, zu ihrem Stammtisch im Bezirksparteilokal (Am Modenapark 8-9, 1030 Wien). Referent: Gerhard Haslinger, Sicherheitssprecher der FPÖ Wien. Beginn: 19.30 Uhr.

8 **Jahreshauptversammlung**

Der Seniorenring Donautal lädt am Donnerstag, dem 8. Februar 2018, zu seiner Jahreshauptversammlung ins Gasthaus Kramer (Weeg 18, 4092 Esternberg). Beginn: 14.00 Uhr. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

14 **Stammtisch der FPÖ Simmering**

Die FPÖ Simmering lädt am Mittwoch, dem 14. Februar 2018, zu ihrem Stammtisch ins Gasthaus „Auszeitstüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Referent: NAbg. Markus Tschank. Beginn: 19.00 Uhr.

LESER AM WORT


Wahlmanipulationsversuch

Es ist schon sehr komisch, warum gewisse Informationen immer vor Wahlen ans Licht kommen. Es kann mir keiner erzählen, dass dies nicht bewusst gesteuert war, um das Wahlverhalten zu manipulieren. Bei einer ordentlichen Aufklärung hätte sich jeder Wähler ein Bild machen können, ob die Vorwürfe gegen den FPÖ-Spitzenkandidaten stimmen. Doch durch diese einseitige Medienkampagne war das nicht möglich. Trotz allem hat die FPÖ das Wahlergebnis gegenüber der letzten Nationalratswahl fast verdoppeln können.

Ernst Pitlik, Wien


Zweierlei Maß

Obwohl Udo Landbauer glaubhaft versichern konnte, ekelhafte Textstellen in verstaubten alten Liederbüchern weder zu kennen noch zu benutzen, wird er von allen Seiten massiv kritisiert und ausgegrenzt. Als bekannt wurde, daß SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer

in Moskau einst den kommunistischen Boden küsste und diesen als „Heimaterde“ bezeichnete – er damit ein verbrecherisches Gewaltsystem mit mehr als 100 Millionen Todesopfern aktiv verherrlichte – durfte er trotzdem Bundeskanzler in Österreich werden!

Hans Mayer per E-mail

Reaktivierung der Bahn

In Niederösterreich hat das Land zahlreiche Regionalbahnen von den ÖBB übernommen und anschließend die meisten eingestellt oder betreibt sie nur noch saisonal. Trentino-Südtirol ging den umgekehrten Weg. Fast jede eingestellte Regionalbahn erlebt durch die Erfolge der Vinschger- oder der Nonsbergbahn eine Reaktivierungsdiskussionen, die Wiedereröffnung einer Regional- und einer Straßenbahn wurden kürzlich beschlossen. Mit Ausnahme der überlasteten Brennerbahn wurden auf weiteren Hauptstrecken zahlreiche Haltestellen wieder in Betrieb genommen und der Fahrplan veraktet. Es wird Zeit, auch in Niederösterreich endlich mit Bahneinstellungen Schluss zu machen!

Peter Baalman, Frankenmarkt

Linke Parallelwelt

Zufällig oder als geplante Diffamierung vor der Wahl – es ändert nichts an der Tatsache, daß der

Liedertext ein Relikt aus dunklen Zeiten ist, von dem sich heute jeder distanziert. Gott sei Dank. Die täglichen Morde an Christen und Juden sind aber leider Tatsache. Kann mir wer erklären, warum sich unsere guten Linken über den Liedertext, den ohnehin niemand hört oder kaum jemand kennt, so aufregen, aber kein Wort des Mitleides über die unzähligen Opfer des Islamterrors gegenüber Christen und Juden verlieren?

Stephan Pestitschek, Strasshof


Ausrangiert

Michael Ludwig wird die SPÖ Schritt für Schritt von einer Links-Außen-Partei in eine Mitte-Links-Partei verwandeln, auch gegen Widerstände. Spannend wird auch die Frage, wie es jetzt um die politische Zukunft von Akteuren wie Christian Kern und Andreas Schieder bestellt ist.

Christian Stafflinger, Linz

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- ☐ Halbjahrespreis € 15,- ☐ Jahrespreis € 30,- ☐ Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
☐ Auslandsjahresbezug € 73,- ☐ Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss.
Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird.
Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



Verantwortung übernehmen und Kontrolle ausüben

Dominik Nepp folgt Johann Gudenus als Vizebürgermeister nach

Mit dem Ziel, Verantwortung für Wien zu übernehmen und weiterhin eine starke Kontrollfunktion im Rathaus auszuüben, trat FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp in der letztwöchigen Gemeinderatssitzung sein Amt an.

Nepp stellte sofort klar, dass mit ihm erneut ein starker Vizebürgermeister im Amt sei, der sich weder vor Konfrontationen noch vor der Herausforderung und Verantwortung scheue, die mit seiner neuen Position verbunden sind: „Wir Freiheitliche werden weiterhin unsere umfassenden Kontrollrechte wahrnehmen und uns dafür einsetzen, dass die Probleme, mit denen Wiens Bevölkerung durch die politischen Versäumnisse der rot-grünen Stadtregierung immer wieder konfrontiert ist, nicht nur angesprochen, sondern auch abgestellt werden.“



Amtsübergabe unter (Partei-)Freunden: Gudenus und Nepp.

Weg frei machen für Neuwahl

Die Wahl von Wohnungsstadtrat Michael Ludwig zum neuen Chef der SPÖ Wien und designierten Nachfolger von Michael Häupl werde in der Bundeshauptstadt nicht viel verändern, erklärte Nepp: „Die Wiener SPÖ hat ihre beste Zeit schon um Jahrzehnte überschritten, weshalb auch reine Kosmetik die Situation nicht verbessern wird.“

Vor allem die gemeinsame Regierung mit den Grünen habe eine Vielzahl politischer Baustellen aufgemacht, auf denen nichts weitergehe. Es bleibe daher zu bezweifeln, dass Michael Ludwig stark genug sein werde, die Partei zu einen und eine echte Verbesserung für Wien herbeizuführen, zeigte Nepp auf und forderte Ludwig auf, möglichst rasch auch die Wähler entscheiden zu lassen.

Vermurkste Verkehrs- und Umweltpolitik

Einerseits fordert die rot-grüne Stadtregierung immer mehr Grünflächen auf Kosten von Parkplätzen, andererseits – aktuell in Mariahilf – soll wieder eine Grünfläche einem Bauprojekt weichen, diesmal soll ein Park einem Schulzubaum zum Opfer fallen.

„Mit solchen gegensätzlichen Entscheidungen zeigt die rot-grüne Stadtregierung ihr wahres Gesicht: Im Ballungsraum werden immer mehr Grünflächen zubetoniert, dafür werden Parkplätze mit Baumbepflanzungen zurückgebaut“, kritisierte der freiheitliche Landtagsabgeordnete Karl Baron die „scheinheilige Umweltpolitik“ der Stadtregierung.

Das dazugehörige Fachkonzept „STEP 2025“ der Planungsstadträtin Maria Vassilakou sei ein reines Ablenkungsmanöver. Es gehe ihr lediglich darum, Autofahrer „zu sekkieren“, betonte Baron und erinnert die grüne Vizebürgermeisterin an die wirklichen Planungsbedürfnisse der Stadt.

„Wien wächst, wie Rot-Grün ja ständig mit stolzer Brust verkünden, damit nimmt auch der Autoverkehr ständig zu. Vordringlich wäre somit jetzt der sofortige Baubeginn des Lobautunnels, um eine neue Entlastungsstraße zu schaffen, die tatsächlich die Lebensqualität der Wiener verbessern würde“, forderte der FPÖ-Abgeordnete.



Baron fordert den sofortigen Bau des Lobautunnels in Wien.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



In der Thaliastraße gab's bis vor einem Jahr einen Bäcker, der Spitze war. Dann ist der Besitzer gestorben, und der Laden war für fast zwölf Monate zu.

Vergangenheitssuche

Jetzt hat ein mutiger Mann das Geschäft gekauft. Und was das Schöne dran ist: es wird wieder eine Bäckerei. Als ich mit ihm gesprochen habe, hat er mir zugesagt, er werde sie so weiterführen wie der alte Eigentümer.

Und dass er die Übernahme schon mit seinem Vorgänger vereinbart hatte. Die lange Übergangsfrist aber ist entstanden, weil er alle Räume, vom Verkaufspult über die Hinterzimmer, die Lagerräume, den Keller, ja sogar die Klos akribisch untersucht hat.

„Wissen S'“, hat er mir anvertraut, „mei Vuagänga hat de Bäckerei scho seit 1943 ghabt. Und ane von seine Spezialitäten warn ja de Weihnachtskeks.“

Das stimmt, ich war drauf geradezu versessen. Er weiter: „Jetzt stelln S' Ihna vua, bei de vielen Keksformen is womöglich a Hakenkreuz dabei. Kann ja sein. I waaß nix davon, und irgend a Lehrbua findt so a Form. Und der rennt damit zu de Rodn. Da bin i gliefert. Drum hab i fast zehn Monat gsuaucht.“

Sapperlott. Der Udo Landbauer hat nicht zehn Monate nach einem verkappten Nazi-Lied gesucht. Wie kann er nur.

TIROL **Kontrollen am Brenner**

Der Tiroler Landesparteiobmann Markus Abwerzger sprach sich für permanente Grenzkontrollen am Brenner aus, weil die „Flüchtlingsrettungen“ im Mittelmeer wieder dratisch zunehmen. „2016 hatten wir 12.000 illegale Grenzübertreitte, im Vorjahr 7.400 – und das bei nur stichprobenartigen Kontrollen. Deshalb dürften weiterhin viele Migranten unerlaubt einreisen. Da permanente Kontrollen wegen Unterbesetzung der Polizei noch nicht möglich seien, sollte zumindest diese verstärkt werden, am besten bei der Mautstelle in Sterzing.“

BURGENLAND **Neuer Stadtparteichef**

Am 27. Jänner wurde bei der außerordentlichen Hauptversammlung der FPÖ Stadtgruppe Pinkafeld im Gasthaus Weninger der 33-jährige Vertragsbedienstete Christoph Theiler zum neuen Stadtparteiobmann gewählt. Weiter im Vorstand sind Bernd Babitsch und Petra Hermann, neu hinzu kamen Estrid Wertz und Gemeinderat Thomas Supper.



Foto: FPÖ Pinkafeld

OBERÖSTERREICH **Offen Fragen klären**

„Jährliche Mehrkosten in Höhe von mehr als 80 Millionen Euro entstehen im Land Oberösterreich durch die Abschaffung des Pflegegeldes in stationären Einrichtungen“, zeigt FPÖ-Sozialsprecherin Ulrike Wall letzte Woche im Landtag auf. Auch wenn diese Maßnahme grundsätzlich zu begrüßen sei, müsse jetzt geklärt werden, wie und durch wen der Einnahmenentfall finanziert werden soll beziehungsweise auf welche Personengruppen diese Regelung konkret Anwendung finde, betonte Wall. Denn der Bund habe lediglich 100 Millionen Euro pro Jahr für alle Bundesländer als Kostenersatz zugesagt. Deswegen habe der Landtag in einem einstimmigen Beschluss gefordert, dass auch die Mehrausgaben für Behinderte in stationären Einrichtungen vollständig durch den Bund kompensiert werden.

Erfolgreiche Investitionslösung, statt Steuerzahler zu belasten**Kraftanstrengung von Land und Gesellschaftern für AVITA-Therme**

Unter Leitung von FPÖ-Wirtschaftslandesrat Alexander Petschnig wurde eine Lösung für das AVITA-Thermenresort Bad Tatzmannsdorf gefunden.

„Das Südburgenland liegt mir besonders am Herzen, und mit Bad Tatzmannsdorf als nächtigungstärkster Gemeinde war es klar, dass hier eine Lösung gefunden werden musste – ohne die burgenländischen Steuerzahler alleine zur Kasse zu bitten“, erklärte der freiheitliche Landesrat nach der erfolgreichen Gesellschafterversammlung vergangene Woche.

Aufstockung des Eigenkapitals

Anstelle einer rechtlich bedenklichen Förderung von 900.000 Euro durch das Land wurde das Eigenkapital der AVITA um genau diese Summe erhöht. „Das stellt nicht nur aus dem Blickwinkel der kreditgebenden Banken eine we-

BURGENLAND 

Foto: AVITA-Resort

Investitionen sind gesichert, ohne Steuerzahlerbelastung.

sentlich bessere Lösung dar“, betonte Petschnig.

Ein Drittel oder 300.000 Euro bringt das Land Burgenland ein und 600.000 Euro werden von den anderen Gesellschaftern zur Verfügung gestellt. Im Zuge der sehr

konstruktiv geführten Generalversammlung wurde der Betrag seitens einiger Kommanditisten sogar um weitere 285.000 Euro aufgestockt, weshalb das Eigenkapital des AVITA-Thermenresort jetzt fast 1,2 Millionen Euro beträgt.

STEIERMARK **Beste Lösung für Schüler**

Die jahrelange Forderung der steirischen Freiheitlichen, eigene Deutschklassen für Kinder einzurichten, die über unzureichende Deutschkenntnisse verfügen, ist vergangene Woche im Ministerrat beschlossen worden. „Ziel muss es sein, dass alle eingeschulten Kinder schnellstmöglich über aus-

reichend Deutschkenntnisse verfügen, um dem Regelunterricht folgen zu können. Die türkisch-blaue Bundesregierung setzt nun die notwendigen Maßnahmen und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des Unterrichtsniveaus in vielen steirischen Schulen“, zeigte sich FPÖ-Bildungssprecherin Hedwig Staller erfreut.

Vor dem Schuleintritt sollen jetzt im Rahmen von standardisierten Sprachstandserhebungen die Deutschkenntnisse aller Schüler überprüft werden. „Wir Freiheitliche haben die Problematik des zunehmenden Anteils von Kindern mit Sprachdefiziten bereits in der Vergangenheit angesprochen und Lösungen vorgebracht. Mit den jetzt von der neuen Bundesregierung eingeleiteten Schritten kann wieder sichergestellt werden, dass in den heimischen Klassenzimmern ein akzeptables Unterrichtsniveau erreicht werden kann“, betonte Staller.



Foto: FPÖ Steiermark

Hedwig Staller begrüßt Vorhaben der Koalition zur Bildung.

OBERÖSTERREICH 

Foto: FPÖ Oberösterreich

Aus für Doppelstaatsbürgerschaft

Im vergangenen Jahr sind Wählerverzeichnisse mit tausenden Namen von möglichen illegalen türkischen Doppelstaatsbürgerschaften aufgetaucht. Allein in Oberösterreich werden derzeit 4.000 Personen anhand des zentralen Melderegisters überprüft. Bisher wurden sechs Bescheide einer Aberkennung der Staatsbürgerschaft zugestellt, die dazu dienen, den Verfahrensablauf zu überprüfen. FPÖ-Sicherheitslandesrat Elmar Podgorschek: „Die Betroffenen können am Landesverwaltungsgericht berufen. In den kommenden Monaten werden die restlichen Fälle abgearbeitet.“

KÄRNTEN 

„Wahlversprechen-Recycling“: Wie schon 2013 verspricht SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser auch vor der jetzigen Landtagswahl die „kostenlose Kinderbetreuung“ – die er im Landtag bereits abgelehnt hat.

Des Kaisers neue Wahlversprechungen

SPÖ lehnt die 2013 versprochene „kostenlose Kinderbetreuung“ ab

Die SPÖ Kärnten hat 2013 die „kostenlose Kinderbetreuung“ versprochen, aber jetzt im Landtag gegen das eigene Wahlversprechen gestimmt.

„Und täglich grüßt die Unglaubwürdigkeit“, empörte sich der Kärntner FPÖ-Obmann Gernot Darmann über das Abstimmungsverhalten der SPÖ mit Landeshauptmann Peter Kaiser an der Spitze in der Sondersitzung des Landtags am 18. Jänner.

Die SPÖ habe den Menschen vor der Landtagswahl 2013 – und jetzt wortgleich 2018 – eine „flächende-

ckende, kostenlose Kinderbetreuung“ versprochen. Passiert sei trotz der roten Mehrheit im Land fünf Jahre lang nichts, erinnerte Darmann: „Und jetzt die Offenbarung: Die Landeshauptmann-Partei hat unseren Dringlichkeitsantrag dazu am 18. Jänner eiskalt abgelehnt!“

SPÖ bricht Wahlversprechen

Die SPÖ habe damit nicht nur ihr Wahlversprechen aus dem Jahr 2013 gebrochen, sondern auch noch gleich das für die Landtagswahl 2018, betonte der FPÖ-Landesobmann. „Das ist nicht nur einzigartig in Kärnten, sondern in

der gesamten österreichischen Innenpolitik: Eine Partei bricht ihre eigenen Versprechen schon vor einer Wahl“, wunderte sich der FPÖ-Spitzenkandidat.

Positiv an dieser Groteske sei daran lediglich, dass die Kärntner Wähler nun genau wüssten, woran sie an der SPÖ sind und dementsprechend ihre Entscheidung am 4. März treffen könnten. „Die SPÖ-Wahlversprechen sind nichts wert. Beenden wir gemeinsam den Stillstand in Kärnten und gestalten mit der FPÖ eine bessere Zukunft“, rief Darmann die Kärntner zur Stimmabgabe für die FPÖ auf.

Sinnvolle Raumplanung

Grund und Boden sind keine vermehrbaren Güter und gerade in Vorarlberg begrenzt. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit des sorgsamen und wirtschaftlichen Umgangs mit den vorhandenen Flächen, bemerkte FPÖ-Raumplanungssprecher Dieter Egger zur geplanten Änderung des Raumplanungsgesetzes durch die schwarz-grüne Landesregierung: „Eines steht für uns Freiheitliche aber heute schon fest: Belastungen und Eingriffe in Eigentumsrechte werden wir nicht akzeptieren!“

Um der Problematik von Baulandhortung, überhitzten Preisen, zunehmendem Druck auf die Siedlungsränder und der Ausweitung von Bauland entgegenzutreten, brauche es eine bessere Steuerung der Raumplanung, des Grundverkehrs und eine verdichtete Bauweise, betonte Egger: „Wir werden daher den Begutachtungsentwurf zur Änderung des Raumplanungsgesetzes sehr genau prüfen und nötigenfalls entsprechende Korrekturen von der Landesregierung konsequent einfordern.“

VORARLBERG 

Egger warnt Schwarz-Grün vor Enteignungsmaßnahmen.



Gernot Darmann
FPÖ-Landesparteiobermann Kärnten

Im Jahr 2013 haben SPÖ, ÖVP und Grüne in Kärnten ein politisches Experiment gestartet und eine Koalition unter einem roten Landeshauptmann gebildet. Fünf Jahre später wissen wir, dass dieses Experiment zum Schaden des Landes gescheitert ist.

Statt Fortschritt hat sich Stillstand in Kärnten breitgemacht. Vor allem SPÖ und Grüne hatten fünf Jahre nur ein Ziel: den Freiheitlichen die Hypo-Affäre anzuhängen und alle Spuren freiheitlicher Politik der letzten Jahrzehnte zu verwischen.

Schluss mit Stillstand!

Auf der Strecke geblieben ist bei diesem kläglichen Versuch die Lösung der echten Probleme des Landes. Die Arbeitslosigkeit lag in Kärnten im Dezember 2017 bei 12,4 Prozent und ist damit rund drei Prozent höher als im Österreich-Durchschnitt.

Das „Netzwerk gegen Armut“ spricht von mehr als 60.000 Kärntnern, die mit weniger als 1.000 Euro im Monat auskommen müssen. Erfolgreiche Veranstaltungen, ja sogar Investoren wurden aus Kärnten vertrieben, Betriebsansiedlungen von der Landespolitik verschlafen.

Das hindert die rot-schwarz-grüne Koalition zum Ende der Legislaturperiode nicht daran, zu kostspieligen Empfängen auf Kosten der Steuerzahler einzuladen, um sich gegenseitig auf die Schultern zu klopfen.

Wir Freiheitlichen sagen: Wir werden den politischen Stillstand auf der Basis unseres 60 Seiten starken Wahlprogrammes beenden und gemeinsam mit den Kärntnerinnen und Kärntnern die Zukunft des Landes neu gestalten. Darum kämpfen wir bei der Landtagswahl am 4. März!

GEZWITSCHER

**Bernhard Heinzlmaier**

@bheinzlmaier



Ich habe diese Verallgemeinerungen satt. Burschenschafter sind ein breites Spektrum. Nicht alle verwenden diese Liederbücher und sind Antisemiten. Reden wir über das was wir wissen und nicht davon was wir meinen.

24.01.18 00:49

Intelligente Linke durchschauen die Anti-Landbauer-Kampagne...

Rudi Fußi

@rudifussi



Dass 15% einen Kandidaten wie Landbauer wählen ist und bleibt eine demokratische Unreifeprüfung.

28.01.18 08:46

... weniger intelligente halten sich noch immer für das Zentrum des Universums und offenbaren ihre „demokratische“ Gesinnung.

Ö1 Journale

@oe1journale



„Unsere Länder sind wie eine Familie. Die alte Regierung hat einen Streit angefangen, der ist jetzt zu Ende,“ so Viktor #Orban, Ministerpräsident von #Ungarn.

30.01.18 22:21

Selbst der Staatsfunk muss zur Kenntnis nehmen, dass die historisch gut-nachbarschaftlichen Beziehungen jetzt wieder funktionieren.

GEFÄLLT MIR

**HC Strache**

29.01.2018

Ohne Worte! Das wird einen Tag nach der Landtagswahl bekannt, obwohl der SPÖ-Politiker bereits am letzten Donnerstag festgenommen wurde.



Kindesmissbrauch, Nazi-Kult: SPÖ-Politiker in Haft
Schwere Vorwürfe gegen einen Gemeindevater in Niederösterreich: Am vergangenen Donnerstag wurde der Familienvater festgenommen. Der Vorwurf...

FOLIOE.A.T

896 Personen gefällt das.

Vor dem Gesetz sind alle gleich. Dieser Grundsatz gilt in Österreich nur eingeschränkt – vor allem in den hiesigen Medien.

„ZiB 2“-Moderator Armin Wolf stellt FPÖ als Nazi-Partei dar

Gilt im ORF das Objektivitätsgebot bei Berichten über die FPÖ nicht mehr?

Beim ORF stellen linke Journalisten ihre Moral über Rechtsstaatlichkeit und alle Vorgaben des ORF-Gesetzes. Zuletzt Armin Wolf in der „ZiB 2“.

Schon bei der Begrüßung Andreas Mölzers in der Sendung konnte es sich Wolf nicht verkneifen, diesen als Mitglied der „Vandalia Graz“ zu benennen.

Nach der bei Linken in moralischer Überheblichkeit üblichen Vorverurteilung Udo Landbauers zeigte der „ZiB 2“-Moderator, was er vom Objektivitätsgebot des Staatssenders hält, als er seine persönliche, historisch zurechtpolierte Meinung zur FPÖ kundtat: „Jetzt ist die Geschichte der FPÖ ja ziemlich gut erforscht. Vom ersten Parteiobmann, einem ehemaligen SS-General (al-



Armin Wolf hat die Geschichte der FPÖ bereits „erforscht“.

lerdings nur im Ehrenrang, Red.), über das Beschäftigungsprogramm von Jörg Haider bis hin zu den Wehrsportübungen des derzeitigen Parteiobmanns in seiner Jugend.“

FPÖ fordert Konsequenzen

Für FPÖ-Mediensprecher Hans-Jörg Jenewein setzte Wolf damit die ungehemmte Diskreditierung der

FPÖ in den Nachrichtensendungen des ORF fort: „In diesem Zusammenhang muss sich Generaldirektor Wrabetz jetzt erklären, ob und in welchem Kontext hier die Richtlinien des ORF sowie das ORF-Gesetz tangiert werden und wie er als Generaldirektor gedenkt, den öffentlich-rechtlichen Auftrag künftig zu garantieren.“

FPÖ IN DEN MEDIEN

Das Durchspielen der Möglichkeiten, die Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner hat, um der FPÖ einen Landesrat Udo Landbauer auszutreiben, ist in den Medien derzeit „in“. So auch in den „Salzburger Nachrichten“,

wo ein Nachgeben durch die niederösterreichische ÖVP ausgeschlossen wird – und also die FPÖ Niederösterreich Landbauer als

Bauernopfer für eine gedeihliche Zusammenarbeit in der Landesregierung opfern müsste.

Die „Vorarlberger Nachrichten“

Nur die FPÖ kann den Konflikt entschärfen

Die niederösterreichische Landeshauptfrau Mikl-Leitner hat die FPÖ als einzige Partei, die den Konflikt entschärfen kann, bezeichnet.



legen dar, welche Lehren die Parteien in Tirol aus der Wahl in Niederösterreich ziehen sollten und zeigen die

Parallelen für Tirol auf: eine ÖVP im Machterhaltungstrauma, grünes Zittern, eine SPÖ auf Talfahrt und lediglich die FPÖ im Aufwind, den sie nur selbst stoppen könnte.

DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI

JETZT NEU

HC Strache und die FPÖ auf Instagram

www.instagram.com/fpoe_at
www.instagram.com/hcstrache

Turrinis Volksstück für wenig Volk

Das „Fremdenzimmer“ im Theater in der Josefstadt hält ein Bett bereit

Nimmt man das Programmheft zur Hand, fällt einem zunächst jenes Zitat unseres Innenministers Herbert Kickl auf, in dem er das von linker Seite plötzlich verpönte Wort „konzentriert“ verwendet hat. Spätestens jetzt weiß man, woran man mit diesem Turrini-Stückerl ist.

Es fängt damit an, dass ein fremder junger Mann in der Gemeindebauwohnung eines „wilden“ Ehepaares hockt. Und dass es niemanden interessiert, wie er da eigentlich hereingekommen ist. Der Herr des Hauses, Gustl Knapp, fragt beim Anblick des Mannes nur erstaunt: „Wea san denn Se?“

Als sich herausstellt, dass es sich bei dem Erschienenen offenbar um einen Fremden handelt, Asylwerber, Flüchtling oder so, offenbart Gustl seine Primitivität und Charakterlosigkeit. Erwin Steinhauer tut das so überzeugend, als ob's seinem Wesen entspränge. Der Fremde muss „ausse“.

Gustl Knapp packt ordinär das die extreme Linke so zielführend bedienende Repertoire des „Frem-

denhassers“ aus.

Xenophobie zum Quadrat

Die Frau hingegen, Ulli Mai-er als Herta Zamanik, setzt sich durch. Der Bursche bleibt. In der Wohnung gibt's ein Fremdenzimmer, das sie seit Jahren für ihren – verstorbenen – Sohn reserviert hat, der irgendeinmal zurückkommen wird. Und dort soll Samir, der Nicht-Hiesige, bleiben.

Es gibt in der Aufführung keine „Akte“, aber viele Unterbrechungen, während derer das Publikum von einem übermäßig hellen Rahmen geblendet auf der Bühne nur Finsternis erkennt. Wenn das Licht verschwindet, ist da noch immer das kulissenarme Podium, in dem die beiden Lebensgefährten wieder einmal einen ihrer gewohnten Streite ausleben.

Man findet sich

Der Gustl aber hat einen Zeitvertreib gefunden, ein ferngesteuertes Flugzeug, das allerdings jeweils nicht lang in der Luft bleibt. Da



Der Österreicher und der Fremde in der Sicht Peter Turrinis.

dürfte etwas kaputt sein.

Nach und nach gibt der Mann nach, und als er Samir ein Bier anbietet, das diesem sogar schmeckt, ist, siehe da, eine Art Integration in die Gemeindebau-Wände eingezogen. Der alte Sozi Gustl akzeptiert den Eindringling, und als dieser die Fernsteuerung des Zimmerflugzeugs repariert, ist die Welt überhaupt in Ordnung.

Regisseur Herbert Föttinger hat einiges gegen den Sinn des Autors

verändert. Was letzteren nicht hindert, den Premierenapplaus glücklich lächelnd entgegenzunehmen.

„Und was ist jetzt?“, fragt mich ein Besucher beim Hinausgehen. Das wüsste ich auch gern.

Auf dem Umschlag des Programmheftes steht übrigens der Satz: „Die Österreicher sind alles Trottel.“ Abgesehen von der falschen Grammatik sind Herr Turrini und Herr Föttinger tatsächlich dieser Auffassung. *hw.*

Neuer Bezirksobmann der FA in Ried/Innkreis

Beim Bezirkstag der Freiheitlichen Arbeitnehmer wurde Stefan Höckner einstimmig zum neuen Bezirksobmann gewählt. Neben den Vertretern aus den Rieder Gemeinden war auch Landesrat Elmar Podgorschek am Bezirkstag in Neuhausen/Innkreis anwesend. „Ich werde mich für die Belange der Arbeitnehmer einsetzen“, teilte Höck-

ner den Anwesenden mit. Kandidaturen bei Betriebsratswahlen, arbeitsrechtliche Themen und der Einfluss der linken Gewerkschafter wurden ebenfalls beim Bezirkstag diskutiert. Als Ehrengast konnte Höckner den Landesobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer, Arbeiterkammervorstand Gerhard Knoll, begrüßen.



Der FPÖ-Landesrat und zugleich Rieder Bezirksparteichef Elmar Podgorschek (rechts) gratulierte Stefan Höckner zur Wahl.

KULTURING BRIGITTENAU

Einladung

zur

RATHAUSFÜHRUNG



Der Kulturring Brigittenua lädt Sie am

Freitag, dem 9. Februar 2018 um 15.00 Uhr

sehr herzlich zur Führung durch unser Wiener Rathaus ein.

Treffpunkt ist um 14.45 Uhr am Friedrich-Schmidtplatz (auf der Rückseite des Rathauses) bei der Stadtinformation. Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Um Anmeldung bis 6.2. wird gebeten: kopschar@utanet.at oder 0676 915 80 50.



von
Norbert Nemeth (Hg.)
Andreas Hauer
Reinhard Teufel
Rüdiger Schender

„Dem Antrag wird stattgegeben“ Anmerkungen zur Bundespräsidentenwahl 2016

Die Bundespräsidentenwahl 2016 wird als längste Wahl der Zweiten Republik vielen in Erinnerung bleiben, insgesamt dreimal wurden die Österreicherinnen und Österreicher zur Urne gebeten.

Das Buch befasst sich mit der Wahlanfechtung und der Aufhebung des zweiten Wahlgangs durch den Verfassungsgerichtshof. Diese Aufhebung kann mit Fug und Recht als Sieg von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bezeichnet werden. Der Verfassungsgerichtshof hat die Beschwerde der Freiheitlichen schnell, umsichtig und transparent behandelt. Die Richter sind ihrer Verpflichtung nachgekommen, massive gesetzliche Verfehlungen, aber auch Unregelmäßigkeiten aufzuzeigen, die eine Manipulation möglich gemacht hätten. Mit dem Urteil wurde auch das Vertrauen der Österreicher in den Rechtsstaat sichergestellt.

Die Autoren bemühen sich mit unterschiedlichen Ansätzen und Zugängen, die Hintergründe dieser historischen Wahl auszuleuchten.

GRATIS zu beziehen über das FPÖ-Bildungsinstitut:

Friedrich Schmidt Platz 4/3 a, 1080 Wien
Telefonisch unter 01/512 35 35-36 oder
per Mail: bildungsinstitut@fpoe.at

Mit Ihrer Bestellung erklären Sie sich einverstanden, künftig über Aktivitäten und Neuerscheinungen der FPÖ und des FPÖ-Bildungsinstitutes informiert zu werden.



Rieder Aschermittwoch

Mittwoch, 14. Feb. 2018

Ried im Innkreis, Jahnturnhalle

Einlass: 17.30 Uhr, Beginn: 19.00 Uhr

Begrenzte Besucherzahl. Platzkarten besorgen!

Kartenbestellung: FPÖ-Büro Ried i.l.

Mo bis Do von 8 - 12 Uhr

07752 / 82817 · bezirk-ried@fpoe.at

FPÖ DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI

**PLATZKARTEN
AB 2. JÄNNER**